

Rio+20 und »Green Economy« – ein Déjà-vu?

Irgendwie kommt einem das alles schon bekannt vor: vom 20. bis 22. Juni fand in Rio de Janeiro/Brasilien die »Konferenz der Vereinten Nationen über »nachhaltige Entwicklung« statt, vor zwanzig Jahren an gleichem Ort hieß der Gipfel »Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung«. 1992 wurde der Begriff der »nachhaltigen Entwicklung« etabliert, dieses Jahr ging es um »Green Economy«. Diesmal sollten die Erfolge der vergangenen zwanzig Jahre evaluiert und zukünftige Strategien in puncto Umweltpolitik festgelegt werden. Bereits im Vorfeld wurde von vielen Stimmen ein Scheitern des Gipfeltreffens prognostiziert, da die ursprünglich getroffenen Versprechungen und Erwartungen von 1992 hinsichtlich einer Notwendigkeit, soziale, ökologische, kulturelle, politische und ökonomische Fragen zusammenzudenken, nicht umgesetzt wurden. Historisch betrachtet hat sich in der Zwischenzeit vieles verändert – Rio+20 bewegt sich in anderen geopolitischen und wirtschaftlichen Kräfteverhältnissen, als es noch 1992 der Fall war.

Diese Rahmenbedingungen geben Anlass für eine kritische Bestandsaufnahme des stark umwobenen Nachhaltigkeitsbegriffs. Grenzen und Möglichkeiten »nachhaltiger Entwicklung« im Kontext westlich-kapitalistischer Entwicklungsmodelle müssen diskutiert werden, um einer zukünftige Wiederholung eines weitgehend gescheiterten Umweltgipfels zu verhindern. Trotz Scheitern oder vielleicht gerade deswegen kann Rio+20 Orientierungshilfen geben für die Bildung von neuen Konsensen und Kompromissen.

Dabei liefern die globalen Verschiebungen der geopolitischen sowie wirtschaftlichen Verhältnisse von 1992 bis 2012 wichtige Erkenntnisse. Historisch betrachtet fällt besonders auf, dass mit Beginn der 1990er Jahre und den tiefgreifenden Finanz- und Wirtschaftskrisen in Ländern des globalen Südens mit marktradikalen Maßnahmen behandelt und Verschuldungskrisen mittels Strukturanpassungsprogramme begegnet wurden – die neoliberal ausgerichtete Globalisierung setzte sich somit durch. Diese Entwicklungen bilden auch eine der grundlegenden Rahmenbedingungen und Voraussetzung des neoliberalen Kurses der Umweltpolitik. Es wurde damit ein internationales Umweltpolitikmodell ausgerufen, welches ökologische Krisen mit Marktmechanismen behandeln soll unter der Dominanz des globalen Nordens. Die vergan-

Rio+20 und »Green Economy« – ein Déjà-vu?

genen Jahrzehnte zeigen in vielerlei Hinsicht, dass dies zur Krise führt. Globale Entwicklungen der Wirtschafts- und Finanzkrise und der Ernährungs-, Energie- und Klimakrise sind einige der zentralen Bestandteile der derzeitigen Vielfachkrise. Das Scheitern des Umweltgipfels überrascht dahingehend leider wenig. Die Kritiken, wie sie an Rio+20 laut werden, sind leider nicht neu: Konflikte um die Aneignung der Natur und der Umwelt im Rahmen einer fokussierten Ressourcenpolitik werden ausgegrenzt, die Interpretationen der sogenannten »Menschheitsprobleme« unterliegen einer westlichen, naturwissenschaftlichen und männlich-bürokratischen Perspektive. Darüber hinaus nimmt im Zuge neoliberaler Globalisierungsprozesse die Schwächung sozial- und umweltpolitischer Fragen auf staatlicher Ebene zu, während sich ökonomische Konkurrenzen im Sinne von Militarisierung intensivieren. Hoffnungen auf ein globales Umweltmanagement geraten ins Wanken.

Im Kontext des Auslaufens des Kyoto-Protokolls soll mit dem Begriff der »Green Economy« nun bisherige Spannungen zwischen Ökologie und Ökonomie für ein nachhaltiges Wachstum aufgelöst werden. Dabei sollen die soziale Gleichheit verbessert, während die ökologische Belastung und Umweltkrisen verringert werden. Auf dem diesjährigen Umweltgipfel sollten neue Perspektiven in der Entwicklung zwischen Nord und Süd durch »greening« (grün waschen) von spezifischen Schlüsselsektoren wie Landwirtschaft, Energieversorgung und Transport umgesetzt werden. Eindeutig und allgemeingültig kann der Begriff der »Green Economy« derzeit jedoch genauso wenig definiert werden wie »nachhaltige Entwicklung«. Reaktionen auf die Unschärfe dieser politischen Begriffe sind sich darin einig, dass keines der unter »Green Economy« gefassten Konzepte auf einen grundlegenden Wandel abzielt, sondern ein neoliberales Wirtschafts- und Wachstumsparadigma »grün gewaschen« werden soll. Der Gegensatz von Umwelt und Entwicklung wird dabei jedoch nicht aufgelöst, sondern besteht weiter als Grundkonflikt des Nord-Südverhältnisses.

In diesen Zusammenhängen muss davon ausgegangen werden, dass eine »grüne Variante des Wachstums« kurz- und langfristig die fortschreitenden Verschlechte-

Rio+20 und »Green Economy« – ein Déjà-vu?

rungen der Lebensbedingungen besonders des globalen Südens vorantreibt. Eine der Ursachen dafür liegt in den Produktions- und Konsumverhalten des globalen Nordens. Diese Entwicklungstrends gehen mit einer Externalisierung der verursachten sozialen und ökologischen Kosten einher, was auch bei der »Green Economy« bestehen bleibt: Kosten und Nutzen eines »grünen, nachhaltigen Wachstums« bleiben sowohl in sozialer als auch in räumlicher Hinsicht äußerst ungleich verteilt. Die Umweltkatastrophen wie Degradation von Ökosystemen und Landstrichen, der Verlust der Biodiversität sowie die Verarmung von Menschen und ganzen Regionen werden auf diese Weise nicht verhindert, sondern vorangetrieben, denn ökologische und soziale Aspekte haben sich wirtschaftlichen und machtpolitischen Strategien unterzuordnen. Diese Wachstumsorientierungen dienen nicht zuletzt dazu, politische und wirtschaftliche Ziele zu legitimieren, die soziale Ungleichheiten und Herrschaft (re-)produzieren und das ungleiche Nord-Südverhältnis aufrecht erhalten bzw. ausbauen. All diese Aspekte thematisiert eine auch in der Öffentlichkeit wiederbelebte Wachstumskritik, nach dem »nachhaltiges Wachstum« so lange als alternative Lösung der sozialen und ökologischen Probleme erschien.

Daran knüpfen verschiedene Postwachstumskonzepte an, die die vernichtenden Folgen dieses Wirtschaftens kritisieren: die Überschreitung der ökologische Belastbarkeit, das Aussparen ökologischer und sozialer Folgen in volkswirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Rechnungen, sich durch Wachstumsorientierung verschärfenden Konflikte um knapper werdende Ressourcen und insbesondere, dass dieses Wirtschaftswachstum in reichen Ländern nicht unweigerlich den kulturellen und sozialen Gewinn bringt, wie angenommen. Es ist wichtig zu beobachten, wie diese Kritiken die Möglichkeiten einer Postwachstumsökonomie vorantreiben und Einfluss auf die gesellschaftlichen sowie politischen Diskurse nehmen: Wer entscheidet über Entwicklungsrichtungen der Gesellschaft und damit die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse? Die »Commons« (Allmende) als grundsätzliche Alternative zum konsumorientierten Wirtschaftsmodell werden zunehmend diskutiert, wie auf dem parallel zu Rio+20 stattfindenden Gipfel der Völker »Gipfel der Völker für Umwelt- und soziale Gerechtigkeit und gegen die Vermarktung des Lebens und der Natur«

Rio+20 und »Green Economy« – ein Déjà-vu?

vom 15. bis 23. Juni. Die »Commons« haben Eingang in die Abschlusserklärung dieser Gegenveranstaltung zu Rio+20 gefunden, was als ein wichtiger Erfolg gewertet wird. Der Allmende-Expertin Silke Helfrich zufolge sei eine breite Verankerung der »Commons« noch zu früh. Positiv zu bewerten bleibt, dass die »Commons« mehr diskutiert werden. Was das auf (real-)politischer Ebene bedeuten kann wird sich zukünftig zeigen.

Im Scheitern des Umweltgipfels Rio+20 kann die Chance liegen den eingeschlagenen neoliberalen Kurs zur Bewältigung der ökologischen Krise zu verändern. ExpertInnen gehen davon aus, dass die »Green Economy« scheitert, weil auch dieses Konzept als selektive Strategie nicht die Ausbeutung von Natur und Mensch zu überwinden sucht und sich nicht demokratisch gestaltet. Sie bricht weder mit bestehenden Herrschaftsverhältnissen noch mit den kapitalistischen Formen der Naturaneignung: Besitzverhältnisse, Verteilungsfragen, Macht- und Interessengegensätze, geschlechtsspezifische, rassistische und imperiale Herrschaftsverhältnisse bleiben in den Konzepten der »Green Economy« unangetastet. Die Bearbeitung gegenwärtiger Krisen in einem emanzipatorischen und solidarischen Sinne muss notwendigerweise die Veränderung der bestehenden Wirtschaftsweise und der darin verankerten Herrschaftsverhältnisse zur Voraussetzung haben. Trotzdem ist der Begriff der »Green Economy« ernst zu nehmen.

Emanzipatorische, gesellschaftliche Veränderungen und Alternativen entstehen durch praktische Kritik an bestehenden Verhältnissen. Es stellt sich für uns alle die Frage, wie eine westliche Produktions- und Lebensweise verändert werden kann und wie wir auf das weitgehende Scheitern von Rio+20 reagieren wollen. Umweltfragen müssen als praktische, soziale und ökologische Transformation und Fragen der Naturaneignung gedacht werden, um eine umfassende Perspektive für Veränderungen von Lebensweisen zu erreichen. Ausgangspunkt dabei müssen die gesellschaftlichen Verhältnisse, die von komplexen Unterdrückungsmechanismen bestimmt werden und zu Umweltprobleme wie Treibhauseffekt, Klimawandel, Verlust von Biodiversität, Artensterben, Ressourcenfluch usw. usf. führen, sein.

Rio+20 und »Green Economy« – ein Déjà-vu?

»Eine andere Zukunft ist möglich« im Sinne einer solidarischen, demokratischen und nachhaltigen Produktions- und Lebensweise.

Isabella Greif

für WLOE e.V. Juni 2012